



## **EU – wohin geht die Reise?**

*Vortrag Club Niederösterreich,  
Wien, Diplomatische Akademie*

### **I. Situation**

Der Auslöser für die heutige Veranstaltung war ein Leserbrief von mir nach dem EU-Gipfel am 8. und 9. Dezember 2011 im Standard.

Den Ärger über die Geschehnisse bei diesem Gipfel habe ich in folgender Weise formuliert:

„Wenn Europa im globalen Machtgefüge neben USA, China, Indien, Brasilien und Russland politisch eine Rolle spielen will und die großen Überlebensfragen der Menschheit – sozial und ökologisch fair gestaltete Märkte; weltweit gerechte Steuersysteme; Primat der Politik über die Finanzmärkte; weltweite Klimastrategie sowie konstruktive Entwicklungspartnerschaft – aktiv mitgestalten will, muss die Entwicklung in Richtung Europäischer Bundesstaat mit transparenten, demokratischen Entscheidungsprozessen und gelebter Subsidiarität gehen.

In Freiwilligkeit sollte geklärt werden, wer diesen Weg ehrlich gehen will und kann. Nach den Erfahrungen beim jüngsten EU-Gipfel sollte man einen Austritt Großbritanniens aus der EU nicht fürchten, sondern als logischen Schritt betrachten.“ (Der Standard, 15. Dezember 2011, Seite 39)

Das Geschehen vor und bei diesem Gipfel war wirklich einmalig:

Die Vorbereitungen erfolgten außerhalb der EU-Institutionen; die Kommission war de facto ausgeschaltet mit Ausnahme eines Auftrittes von Kommissionspräsident Barroso im EU-Parlament, bei dem er sich vehement für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzte. Auch an Ratspräsident Herman von Rompuy – eigentlich für die Koordinierung der Gipfelvorbereitungen zuständig – ging das Geschehen vorbei.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy hatten das Ruder übernommen. Beim Gipfel selbst gab es ein stures Nein von Premierminister David Cameron. Das Ergebnis: Bilaterale Verträge zwischen den Mitgliedstaaten – so, als ob es die EU mit ihren Institutionen nicht gäbe!

Damit traten die Schwächen des Lissabon-Vertrages offenkundig zutage. Warum?

Im Lissabon-Vertrag wurde ein Konstruktionsfehler des Vertrages von 1952 über die Montanunion und des Römervertrages von 1957 über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft beibehalten. Die Regierungen der Nationalstaaten bilden den Gesetzgeber der Europäischen Union – damit stehen 27 einzelstaatliche Interessen gegen ein Interesse der EU als Ganzes.

Ein weiteres Problem wurde offenkundig: Die Schwäche der derzeitig amtierenden EU-Kommission! Ausschlaggebend dafür waren nationalstaatliche und persönliche Egoismen der Regierungschefs bei Personalauswahl und Personalentscheidungen. Nicht die stärksten, sondern die für die nationalstaatlichen Akteure bequemsten Persönlichkeiten wurden gewählt.

Die offene Gegnerschaft Großbritanniens zum Projekt „gemeinsames Europa“ manifestierte sich in der unnachgiebigen Haltung von Premierminister David Cameron. Großbritanniens Interessen reduzieren sich auf den freien Marktzutritt zu Europa und auf Sonderrechte für den Finanzplatz London. Es wäre an der Zeit, dass alle verantwortlichen Akteure in der EU daraus die Konsequenzen ziehen. Seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages ist ein geregeltes Verfahren für einen Austritt aus der EU vorgesehen: „Jeder Mitgliedstaat kann im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten“ (Artikel 50, Lissabon-Vertrag)

Das „System Merkozy“ ist derzeit sicher eine Notlösung, um überhaupt Handlungsfähigkeit in der Eurokrise zu sichern. Auf Dauer ist es aber völlig unakzeptabel, dass Entscheidungsprozesse völlig außerhalb der Institutionen, unter Ausschaltung der Kommission und des EU-Parlaments, erfolgen. Die Schaffung vollendeter Tatsachen durch die Achse Paris–Berlin ist auf Dauer nicht tragbar.

## **II. Krise als Chance für Neubeginn**

Die jüngsten Erfahrungen sollten genutzt werden, um nicht am Flickwerk des Lissabon-Vertrages weiterzuarbeiten, sondern einen neuen Boden zu legen!

Es geht um ein mittelfristiges Ziel „Europa 2020“ – nämlich die Gründung einer „Europäischen Republik“ nach dem Modell der Gewaltentrennung:

- Gewähltes Parlament als Gesetzgeber
- Gesamteuropäische Regierung als Exekutive
- Unabhängige Gerichtsbarkeit und Kontrolle

Diese Europäische Republik müsste sehr stark nach dem Prinzip der Subsidiarität arbeiten: Die großen gemeinsamen Gestaltungsbereiche wie Innere und Äußere Sicherheit; Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Währung, Steuern und Budget; gemeinsame Rahmenbedingungen für Soziales und Umwelt, Fragen der Migration etc. sollten Aufgabe der europäischen Institutionen sein; die praktische Gestaltung der Lebensbedingungen sollte so nahe als möglich bei den Bürgern erfolgen: Gemeinde – Land oder Region – Mitgliedsstaat.

Derzeit erleben wir in der EU ein auf den Kopf gestelltes Subsidiaritätsprinzip mit einer Unmenge an Verordnungen bis in die kleinsten Lebensbereiche des Alltags.

Das derzeit immer bedrohlicher in Erscheinung tretende Grundproblem der EU, nämlich die Egoismen der Mitgliedstaaten und die Macht von Lobbys, lassen den Ruf nach einem Bundesstaat Europa, nach Vereinigten Staaten von Europa, immer lauter erschallen. Vor allem aus dem Kreis der EU-Abgeordneten mehren sich solche Stimmen.

### III. Nova EUropa – Modell für eine Europäische Republik

Von jungen Idealisten aus der österreichischen Zivilgesellschaft wurde 2003 die Initiative „Nova EUropa“ gegründet – interessanterweise zeitgleich mit dem Entstehen der Initiative „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“. Anlässlich der Gründung am 12. Dezember 2003 formulierte der Obmann von Nova EUropa, Mag. Karl Koller, folgende Ziele und Anliegen: „Eine globalisierte Wirtschaft bedarf, um funktionsfähig zu sein, des Rahmens einer globalen Wirtschaftspolitik. Damit eine solche globale Wirtschaftspolitik unseren europäischen Wertvorstellungen gerecht wird, damit Europas Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell insbesondere in Konkurrenz zum amerikanischen Gesellschaftsmodell Bestand hat, brauchen wir ein starkes, handlungsfähiges Europa. Auch die so notwendige Koordination in der Steuerpolitik sowie die Austrocknung der Steueroasen sind in und mit der derzeitigen EU nicht erreichbar. Wir brauchen daher einen Europäischen Bundesstaat, der den Primat der Politik über die Wirtschaft als wesentliche Voraussetzung für Soziale Marktwirtschaft wiederherstellt... Aber nicht nur die Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft und Soziales, sondern auch unsere Probleme mit Umwelt und Sicherheit verlangen nach einem Europäischen Bundesstaat... Nur ein Europäischer Staat wäre in der Lage, eine wirksame ökologische Steuerreform umzusetzen; nur ein Europäischer Staat hätte jenes Gewicht, um auf internationaler Ebene notwendige Maßnahmen durchzusetzen.“

Diese Überlegungen wurden von Nova EUropa im Jahr 2006 konkretisiert:

„Die Gründung eines Europäischen Bundesstaates ist notwendig. Damit dieser Realität werden kann, sollte sich eine Avantgarde von EU-Mitgliedstaaten zu einer Föderation zusammenschließen. Bis 2015, möglicherweise schon früher, könnte die Zeit für die Gründung einer Europäischen Föderation durch einen Kern von EU-Staaten reif geworden sein. Dieser Kern muss aus Staaten rund um Frankreich und Deutschland bestehen, die sich zum europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell einer ‚öko-sozialen Marktwirtschaft‘ bekennen, die der Eurozone angehören und die ein ähnliches ökonomisches und soziales Entwicklungsniveau erreicht haben. Damit würde die Föderation jene innere Homogenität und Stärke besitzen, die eine Festigung des kontinentaleuropäischen Modells in Europa und seinen Export in die Welt möglich macht. Zielsetzung müsste sein, dass letztlich alle EU-Staaten – nach einer entsprechenden Entwicklungsphase – der Föderation beitreten und somit die EU in der Föderation aufgeht.“ (Vision 2020, Auf dem Weg zu einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft, Positionspapier Nr. 3, 5.1.2006, Nova EUropa)

Das übergeordnete Ziel dieser Initiativen ist die Schaffung einer neuen Ordnung für eine globalisierte Wirtschaft mit Europa als gestaltende Kraft im Sinne des Projektes „Friedensmacht Europa: Dynamische Kraft für Global Governance“.

Um eine dauerhaft tragfähige Ordnung für die Wirtschaft zu erreichen, müssen zwei Ungleichgewichte als Hauptursachen der Krise überwunden werden:

#### **1. Ungleichgewichte zwischen Volkswirtschaften sowie zwischen öffentlichem und privatem Sektor.**

Viele der aktuellen wirtschaftlichen Krisen wurden und werden ausgelöst durch Ungleichgewichte zwischen einzelnen Volkswirtschaften, durch riesige Überschüsse und Defizite in den

Leistungsbilanzen, zum Beispiel zwischen den USA und China oder zwischen südeuropäischen Staaten und Deutschland.

Ebenso gravierend sind die Ungleichgewichte zwischen öffentlichen Schulden und der Anhäufung riesiger Geldmengen in privaten Händen.

Ummengen virtueller Geldwerte sind derzeit hysterisch auf der Suche nach Veranlagungsmöglichkeiten und führen daher zu immer waghalsigeren Spekulationen. Dazu kommt, dass sich einzelne Staaten sozusagen in einer „Geiselhaft“ durch Ratingagenturen befinden. Durch das Zusammenspiel zwischen Ratingagenturen und Investoren geraten immer mehr Staaten in eine für sie bedrohliche Doppelmühle.

## **2. Ungleichgewicht zwischen Finanzwirtschaft und Realwirtschaft**

Eine immer gefährlichere Schiefelage zwischen Finanzwirtschaft und Realwirtschaft führt dazu, dass Investitionen nicht mehr in die Realwirtschaft, also Produktion, Infrastruktur, Dienstleistungen fließen, sondern in Spekulation.

Das Motto für die Zukunft muss daher lauten: investieren statt spekulieren!

Es geht um Investitionen in Entwicklung, Forschung, Produktion, Bildung, Infrastruktur etc. Um das zu erreichen, brauchen wir Instrumente, welche den Einsatz von Geld in realwirtschaftliche Projekte gegenüber der reinen Spekulation attraktiver macht. Ein solches Instrument wäre die weltweite Einführung einer entsprechend hoch dotierten Finanztransaktionsabgabe.

Weiters brauchen wir vermehrte Anstrengungen in Richtung einer ausgeglicheneren, leistungsgerechten Einkommensentwicklung in unserer Gesellschaft.

„Wohlstand für alle“ war das Motto der Sozialen Marktwirtschaft. Eine breite Einkommens- und Vermögensstreuung ist der wichtigste Motor für wirtschaftliche Entwicklung. Diesem Anliegen muss besonders durch eine ausgewogene Besteuerung von Einkommen aus Arbeit bzw. Einkommen aus Vermögensveranlagung bzw. Spekulation entsprochen werden.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Rückkehr zu einer ausgeglichenen Budgetierung der Staaten. Dazu eine Anmerkung: In Österreich betrug im Jahr 1970 die gesamte Staatsverschuldung 12 % des BIP (und das nach 25 Jahren Wiederaufbau und Schaffung der Sozialsysteme!); 1983 betrug die Staatsschuld 44 % des BIP und derzeit liegen wir – ausgelöst durch die Finanzkrise 2008 – bei über 70 %. Das heißt, in der Budgetpolitik der nächsten Jahre geht es nicht nur um eine Schuldenbremse, sondern um einen echten Schuldenabbau, wenn wir aus der Schere der Zinslast wieder herausfinden wollen.

Die Wechselkurse zwischen den Staaten sollten wieder auf Basis der Leistungsbilanzen gefunden werden und nicht der Spekulation ausgeliefert sein. Die Rufe nach einem „neuen Bretton Woods-Abkommen“ werden daher richtigerweise immer lauter.

„Steuerflucht unterbinden“ muss ein zentrales Anliegen sein, wenn das Primat der Politik gegenüber den „Märkten“ wieder zum Tragen kommen soll. Um das „Krebsübel“ von Steuererosen als Fluchtpunkte für Steuerhinterziehung, Bilanzfälschung und Geldwäsche wirklich

ausmerzen zu können, bedarf es des Zusammenwirkens aller Staaten in ihrem ureigensten Interesse. Denn die riesigen Beträge an Steuerentgang werden zu einem immer brisanteren Sprengstoff in den Gesellschaften. Ein Grundsatz müsste lauten, dass Steuern auf Einkommen dort zu entrichten sind, wo die Einkommen erwirtschaftet wurden.

„Transparenz statt Bankgeheimnis“ lautet ein weiterer wichtiger Grundsatz, denn ein Bankgeheimnis nützt nicht den kleinen Sparern, sondern dient Steuerhinterziehern, korrupten Regimen, Terrororganisationen und organisierter Kriminalität.

Letztlich muss es auch darum gehen, dass im Interesse der gesamten Staatengemeinschaft destruktive Spekulation mit Finanztiteln, Lebensmitteln, Rohstoffen und Energie, durch welche Milliarden von Menschen in bitterste Armut gestoßen werden, unterbunden werden kann.

Für alle diese Anliegen bedarf es einer starken politischen Kraft aus der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft, weiterentwickelt zum derzeit global überzeugendsten Modell einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft als konstruktive Alternative zum Marktfundamentalismus.

#### **IV. Kurzfristige Maßnahmen zur Bewältigung der Eurokrise**

Ich bediene mich diesbezüglich bewusst einer sehr überzeugenden Analyse durch den Chef des Instituts für Wirtschaftsforschung, Univ.-Prof. Dr. Karl Aiginger, in einem Kommentar in der „Presse“ vom 31. Dezember 2011.

- **Plädoyer für Eurobonds:**  
Wenn nicht einzelne Länder Staatsanleihen auflegen, sondern ganz Europa, so ist das für Anleger zum Beispiel aus dem arabischen Raum und aus Asien viel attraktiver. Heute hat Europa eine niedrigere Verschuldung als die USA, Großbritannien und Japan, zahlt aber für Anleihen einen doppelt so hohen Zinssatz, weil es nicht als Gesamtregion gesehen wird.
- **Ein europäischer Währungsfonds:**  
Ein nächster Schritt wäre ein europäischer Währungsfonds, der die drei Schirme ablöst, die es jetzt gibt. Der neue Währungsfonds wäre ein von der EZB unabhängiger Kontrollor der Fiskal- und Wachstumspolitik.
- **Finanztransaktionssteuer:**  
Ein drittes Element einer Zukunftsstrategie zur Stabilisierung Europas wäre eine Finanztransaktionssteuer. Sie erspart es, Konsum- und Unternehmenssteuern zu erhöhen. Sie finanziert die steigenden Bildungsausgaben und reduziert das Tempo der Spekulationen.
- **Europa darf nicht schrumpfen:**  
Die heutige EU der 27 Mitgliedstaaten steuert 30 % zur Weltwirtschaft bei und ist die größte Wirtschaftsmacht. Inklusive neuer Mitglieder am Balkan und unter Einbindung

des Schwarzmeerraumes und Nordafrikas könnte ein „Europa plus Freundeskreis“ eine neue wirtschaftliche Dynamik entfachen.

- Das beste Wirtschaftsmodell:  
Europa kann auch das beste Wirtschaftsmodell anbieten: Die Kombination von Effizienz und Einkommenswachstum mit größerem sozialen Zusammenhalt und stärkerer Umweltorientierung als in anderen Ländern. Gemeint ist damit das Modell einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft.

## **V. In zwei Schritten zur Europäischen Republik**

### a) Stufe 1: Europäische Föderation innerhalb der EU

Es geht darum, die „Achse Paris–Berlin“ auf eine demokratische Grundlage zu bringen, indem sich willige Euroländer zu einer europäischen Föderation innerhalb der EU zusammenschließen. Im Laufe des Jahres 2012 sollten institutionelle Veränderungen eingeleitet werden, welche die Währungsunion durch eine Fiskalunion ergänzen. Es geht um die Bildung einer Wirtschaftsregierung unter parlamentarischer Kontrolle durch die EU-Abgeordneten der jeweiligen Staaten, ergänzt um eine „zweite Kammer“ aus Vertretern der einzelnen Länder, welche dieser Europäischen Föderation angehören. Aus realpolitischen Überlegungen sollten einer solchen Wirtschaftsregierung die Staats- bzw. Regierungschefs Frankreichs und Deutschlands sowie der Repräsentant der Euroländer angehören.

### b) Stufe 2: Europäische Republik

Mit Zeithorizont 2020 sollte eine neue Verfassung für eine Europäische Republik formuliert und durch Volksentscheide beschlossen werden. Dabei sollte man bewusst nicht auf den Wust an derzeitigen Vertragstexten aufbauen, sondern eine möglichst kurz gehaltene Verfassung neu erstellen.

- Nach den Prinzipien der Gewaltentrennung:
  - Von den Bürgern gewähltes Parlament als Gesetzgeber
  - Gesamteuropäische Regierung als Exekutive
  - Unabhängige Gerichtsbarkeit und Kontrolle
- Ausgeprägtes Subsidiaritätsprinzip
- Ein vom Volk gewählter Präsident

## **VI. Die Stärken Europas leben!**

Um in die europäische Entwicklung wieder neue Dynamik zu bringen, brauchen wir eine Vision, die begeistert!

Europa hat in Zeiten der Globalisierung viele Trümpfe anzubieten:

1. Ein hohes Niveau an Bildung, Forschung und Entwicklung
2. Eine stabile, sozial ausbalancierte Gesellschaft
3. Umweltschutz und gepflegte Landschaften als attraktiver Lebensraum
4. Kultur und Lebensqualität
5. Sicherheit und innerer Friede

6. Lebendige Demokratien, Freiheit und Menschenrechte
7. Ökosoziale Marktwirtschaft als leistungsfähigstes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell
8. Engagierte Entwicklungszusammenarbeit als weltweit führender Akteur
9. Positive Kraft bei der Gestaltung der Globalisierung
10. Europa als Friedensmacht

Europa hat Faszination! Nützen wir die Chance, um wieder überzeugende Visionen zu entwickeln – so wie nach 1950, so wie nach 1989!

Es geht um die Mobilisierung der positiven Kräfte.

Europas Chance liegt vor allem in der Begeisterung der jungen Menschen.

- hoch qualifiziert
- mehrsprachig
- weltoffen
- persönliche Bereicherung durch kulturelle Begegnungen
- die positive Alternative zu Chauvinismus, Nationalismus und Fundamentalismus

Europa hat gute Gründe, um selbstbewusst aufzutreten.

„Visionäre sind die wahren Realisten der Geschichte“ (Helmut Kohl)

Haben wir den Mut zur Vision!